

Anlage 07 Verpflichtungserklärung Los 3

Dieser Vordruck ist nur im Falle der Eignungsleihe zu verwenden. Der Vordruck ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Das Unternehmen (Nachunternehmer):

Firma:

Straße:

Ort:

Telefon:

Telefax:

Ansprechpartner/in:

erklärt mit dieser Verpflichtungserklärung, , dass es dem Bewerber:

Firma:

Ort:

folgende im Rahmen des o.g. Vergabeverfahrens notwendigen Kapazitäten zur Erfüllung der Anforderungen an die erforderliche wirtschaftliche oder finanzielle sowie technische oder berufliche Leistungsfähigkeiten zur Verfügung stellt:

.....

.....

.....

Durch Unterschrift auf dieser Anlage erkläre ich,

I. Zwingende Ausschlussgründe, § 123 GWB

1. dass wir als Unternehmen oder eine Person, die unseren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremien angehört, nicht wegen einer der in § 123 Absatz 1 GWB aufgezählten, bzw. gemäß § 123 Absatz 2 GWB gleichgestellten Tatbestände rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen uns als Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist.
2. dass wir als Unternehmen unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen sind.

II. Fakultative Ausschlussgründe, § 124 GWB

Weiter erklären wir,

1. dass wir als Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen haben,
2. dass wir als Unternehmen nicht zahlungsunfähig sind, über das Vermögen des Unternehmens weder ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. dass wir als Unternehmen oder eine Person, die unseren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremien angehört, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen haben, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
4. dass wir als Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen haben, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. dass keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass wir als Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen waren, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch entsprechende Maßnahmen beseitigt werden kann,
6. dass wir als Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt haben und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
7. dass wir als Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten haben oder nicht in der Lage sind, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
8. dass wir als Unternehmen
 - nicht versucht haben, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - nicht versucht haben, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die wir unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnten, oder

- nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt haben, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht haben, solche Informationen zu übermitteln,
- 9. dass für uns als Unternehmen die Voraussetzungen von § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98 c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz und § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz nicht vorliegen,
- 10. dass unser Unternehmen in das Berufs- oder Handelsregister bzw. bei ausländischen Bietern unser Unternehmen in ein vergleichbares Register eingetragen ist,
- 11. dass gegen uns als Unternehmen keine Eintragung im Gewerbezentralregister, bzw. bei ausländischen Bietern in ihrem Mitgliedstaat vergleichbar geführtem Register, vorliegt,
- 12. dass wir als Unternehmen nicht wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Absatz 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 24 Absatz 2 LkSG belegt worden sind.

III. Selbstreinigung, § 125 GWB

Sofern und soweit wir als Unternehmen das Nichtvorliegen der vorgenannten Ausschlussgründe nicht uneingeschränkt erklären können, so weisen wir Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB nach. In diesem Fall benennen wir in der folgenden Tabelle den jeweilige Ausschlussgrund sowie die Maßnahmen zur Selbstreinigung unter Beifügung konkreter Nachweise.

Unter Selbstreinigung sind Maßnahmen zu verstehen, die ein Unternehmen ergreift, um seine Integrität wiederherzustellen und eine Begehung von Straftaten oder schweres Fehlverhalten in der Zukunft zu verhindern.

Ausschlussgrund	Maßnahmen zur Selbstreinigung

Sollte der Platz nicht ausreichen ist eine selbst zu erstellende Anlage zu verwenden.

IV. Erfüllung der speziellen Eignungsanforderungen

Uns ist bekannt, dass der WDR im Falle der Eignungslleihe mit Abgabe des Teilnahmeantrages überprüft, ob die speziellen Eignungsanforderungen gemäß Ziffer 4.5 ff. der Vergabeunterlagen durch unser Unternehmen erfüllt werden. Diese konkreten speziellen Eignungsanforderungen werden mit Abgabe des Teilnahmeantrages durch uns in Form einer selbst erstellten Anlage nachgewiesen.

Datum _____

Name in Textform _____